

# EUROPÄISCHES PARLAMENT



**DR. INGE GRÄBLE**  
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Mittwoch, den 31. August 2005**

Die stellvertretende Koordinatorin im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräble (EVP-ED/CDU), hat sich heute in Brüssel für die Einrichtung einer unabhängigen Subsidiaritäts-Überwachungsstelle ausgesprochen. Einem entsprechenden Antrag der CDU-Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg zufolge sollen deshalb im Haushalt 2006 Mittel für ein solches Monitoring bereitgestellt werden, das die Aktivitäten von Rat und Kommission frühzeitig beobachtet und unter die Lupe nimmt.

Inge Gräble wies weiter darauf hin, dass die nationalen Parlamente im EU-Verfassungsvertrag zwar ein Klagerecht bei Subsidiaritätsverstößen erhalten sollten. "Die ungewisse Verfassungsfrage darf aber nicht dazu führen, dass die Subsidiaritätsverstöße bis auf Weiteres einfach weitergehen", so die EVP-Haushaltspolitikerin. Inge Gräble ergänzte, dass die Kommission zur Zeit an 600 Gesetzentwürfen und Mitteilungen arbeite, die größtenteils bereits mit dem Rat vorab geklärt seien.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten dürften jedoch nicht mehr damit durchkommen, "vor den nationalen Parlamenten und der eigenen Bevölkerung lautstark über 'die in Brüssel' zu klagen, während sie selbst in Brüssel den Souveränitätsverlust auf allen Politikebenen vorantreiben". Jeden Tag würden in Brüssel "Fakten geschaffen, die wegen weit fortgeschrittener Verfahren nicht mehr rückgängig zu machen sind". Wer Subsidiarität wirklich ernst nehmen wolle, müsse daher möglichst früh eingreifen, um der EU-Kommission bei Gesetzesvorhaben noch rechtzeitig "in den Arm fallen" zu können, so Inge Gräble abschließend.